

Ihre Prognose: Bonn werde 1976 für Kurzarbeiter 1,5 Milliarden und für anfallende Zinsen über eine Milliarde weniger ausgeben müssen als eingeplant, zugleich würden mindestens 1,5 Milliarden Mark mehr an Steuern eingehen als bislang vorhergesagt.

ATOMSTROM

Keinen Sinn mehr

Vor anderthalb Jahren lobte der Kanzler das Projekt zum Symbol deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit hoch, letzte Woche ließen Bonn und Moskau das geplante Atomkraftwerk bei Königsberg scheitern.

Gleich nach seiner Ankunft in Moskau wurde Wirtschaftsminister Hans Friderichs vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow zu einem Gespräch unter vier Augen zur Seite gebeten. Der Russe wollte mit dem Gast aus Bonn über ein Thema sprechen, das gar nicht auf der Tagesordnung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission stand: den Bau eines deutschen Atomkraftwerks bei Königsberg.

Seit drei Jahren verhandelten Bonn und Moskau über dieses Milliarden-Projekt, das die Sowjets mit Stromlieferungen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin bezahlen sollten. Doch am vergangenen Montag eröffnete Tichonow dem westdeutschen Minister, nach wie vor bestünden unüberwindbare Schwierigkeiten. „Wir können“, so der Russe, „das Projekt auch weiterverhandeln, wenn die deutsche Seite es wünscht. Die sowjetische Seite sieht keinen Sinn mehr darin.“

Friderichs mochte nicht widersprechen: „Auch wir glauben nicht mehr, daß es Zweck hat, weiterzuverhandeln.“ Für ein endgültiges Nein wollte er sich allerdings noch die Genehmigung des Bundeskanzlers einholen.

Das Fernschreiben ging am Mittwochvormittag im Gästehaus auf den Leninhügeln ein: „Der Bundeskanzler ist mit Beendigung der Gespräche über Kernkraftwerk einverstanden.“

Das ehrgeizigste Projekt deutsch-sowjetischer Wirtschaftskooperation, das der Kanzler bei seinem Moskau-Besuch vor eineinhalb Jahren mit Parteichef Leonid Breschnew fest vereinbart und als Symbol wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West gepriesen hatte, war geplatzt.

An dem Atom-Geschäft hatte nicht nur Bonn, sondern zunächst auch Moskau handfestes Interesse bekundet. Die Sowjets, die in der friedlichen Nutzung der Atomenergie mehrere Jahre hinter Amerikanern und Deutschen herhinken, hofften, über den Handel an westliches Know-how heranzukommen — und das sogar ohne wertvolle Devisen,

weil mit Strom bezahlt werden sollte. Die Deutschen reizte nicht zuletzt die Aussicht, aus der Stromleitung zwischen Königsberg und Helmstedt auch West-Berlin versorgen zu können.

Schwierigkeiten tauchten indes gleich zu Anfang der Verhandlungen auf, als die Sowjets mit Ost-Berlin über die Trasse der Hochspannungsleitung durch DDR-Gebiet verhandelten. Die Ostdeutschen sperrten sich; zum einen hätten sie selbst gerne das lukrative Atomgeschäft mit der Bundesrepublik abgeschlossen, zum anderen mochten sie die Energieversorgung West-Berlins von außen nicht durch einen Vertrag zwischen Moskau und Bonn absichern lassen.

Dennoch hatten die Unterhändler der Mülheimer Kraftwerk Union (KWU) zunächst Mühe, das Geschäft in vernünftigem Rahmen zu halten. Die russischen Unterhändler wollten so viele

Projekt lustlos vor sich her. Wenige Tage vor Friderichs' Routine-Reise nach Moskau ging bei der westdeutschen Industrie plötzlich eine Blitzeinladung ein: Erhard Keltsch von der Preußischen Elektrizitäts-AG und Hans Hirschmann von der Kraftwerk Union sollten so schnell wie möglich in der sowjetischen Hauptstadt erscheinen. Ohne Umschweife eröffnete ihnen dort Iljodor Kulew vom Staatskomitee für außenwirtschaftliche Beziehungen, daß sich die Pläne aus Wirtschaftlichkeitsgründen zunächst zerschlagen müßten.

Die Bonner traf die Absage nicht unvorbereitet. Bereits seit geraumer Zeit verhandelt der Berliner Senat mit der KWU über den Bau zweier konventioneller Kraftwerkseinheiten zu je 300 Megawatt — erste Ausbaustufe eines Riesenwerkes von 1200 Megawatt an der Oberhavel. Doch gegen die aus wirtschaftlichen Gründen notwendige



Kernkraftwerk-Unterhändler Schmidt, Breschnew in Moskau 1974: Projekt geplatzt

Kraftwerksblöcke wie möglich kaufen. Das sowjetische Interesse nahm jedoch ab, als den Russen klar wurde, daß ein so gewaltiges Projekt nicht allein mit Strom zu bezahlen wäre, sondern auch Bargeld erfordert hätte. Übrig blieb schließlich nur ein Atommeiler.

Aber auch an diesem Rest, dessen Auftragswert immer noch 1,5 Milliarden Mark betrug, hakelten sich die Unterhändler fest. Die Deutschen wollten für den Strom aus Ostpreußen höchstens 0,9 Kopeken (rund drei Pfennig) je Kilowattstunde anrechnen. Andernfalls wäre, angesichts der Strompreise in Europa, der Russenstrom ein Zuschußgeschäft geworden. Die Russen dagegen forderten für die Produktion und den Transport über rund 700 Kilometer 1,6 Kopeken (5,5 Pfennig).

Ohne Aussicht auf Einigung schoben Deutsche und Russen in den letzten Monaten das einstmals so hochgelobte

Sicherung der Energieversorgung der Zwei-Millionen-Stadt, die wegen des Widerstandes der DDR weder mit einer Pipeline noch mit einer Stromleitung an die Bundesrepublik angeschlossen ist, erheben Umweltschützer schwere Bedenken.

Auf einen eigenen Bau können die Berliner indes nur verzichten, wenn sich eine andere Energiequelle im Osten anzapfen ließe: Schon während der Verhandlungen mit Moskau hatten die Polen Strom für Berlin angeboten — aus ihrem Kohlekraftwerk Dolna Odra bei Stettin. Die Deutschen winkten erst einmal ab. Priorität hatte für sie das Atomgeschäft mit Moskau.

Doch auch ein Deal mit Warschau würde wahrscheinlich auf den energischen Widerstand Ost-Berlins treffen. Für ein erneutes Hin und Her, diesmal mit den Polen, bliebe jedoch keine Zeit. Denn nur bis Anfang der 80er Jahre gilt

die Stromversorgung West-Berlins als gesichert. Schon jetzt ist der Termin für Planung und Bau zusätzlicher Stromkapazitäten äußerst knapp.

So kam es den Bonnern durchaus zu-
paß, daß die Russen eine Beendigung
des aussichtslosen Palavers um das Kö-
nigsberger Kraftwerk anboten: Die
Energieplanung für West-Berlin ist nun
nicht mehr abhängig von dem unkalku-
lierbaren Geschacher um das Atomge-
schäft mit Moskau.

Wirtschaftsminister Friderichs nahm
das Aus für Königsberg um so gelasse-
ner auf, als seine Gastgeber deutlich
machten, daß der deutsch-sowjetische
Warenaustausch vom Scheitern des Re-
nommierprojekts nicht betroffen wer-
den soll.

Tichonow hoffungsfroh: „Wir soll-
ten uns jetzt anderen gewaltigen Pro-
jekten zuwenden.“

OSTHANDEL

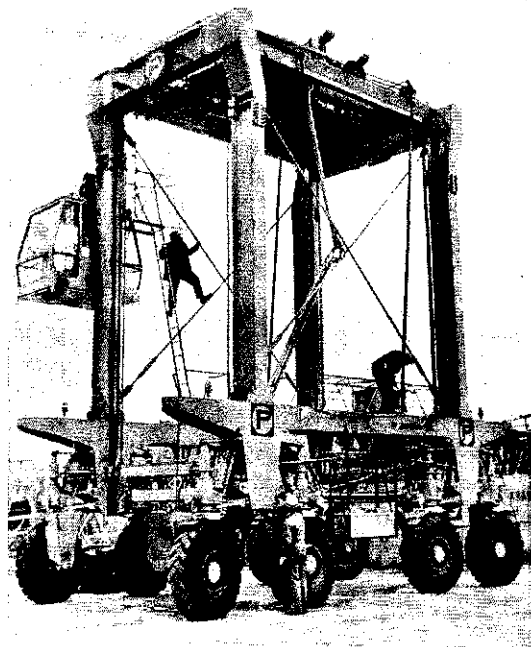
Alles sehr geheim

Obgleich die Sowjet-Union mit vie-
len Milliarden Dollar im Westen ver-
schuldet ist, versprach sie deutschen
Industriellen neue Großprojekte.

Privatbankier Alwin Münchmeyer
aus Hamburg war ratlos: „Wie sol-
len wir die großen Geschäfte mit der
UdSSR nur finanzieren?“ fragte er ver-
gangene Woche nach einer Sitzung der
deutsch-sowjetischen Wirtschaftskom-
mission. „Wir sind doch nicht die
USA.“

Verblüfft registrierte die Creme der
deutschen Industrie, die sich im Mos-
kauer Spiridonowka-Palais zum Han-
dels-Plausch versammelt hatte, daß die
Sowjets noch immer einen schier unbe-
grenzten Bedarf nach Maschinen und
ganzen Fabriken haben.

Sowjet-Importe Röhren (u.), Container-Stapler aus Westdeutschland: Neue Verträge



Noch während der von Minister
Hans Friderichs und Moskaus stellver-
tretendem Ministerpräsidenten Nikolai
Tichonow geleiteten Tagung der ge-
mischten deutsch-sowjetischen Wirt-
schaftskommission versuchten die So-
wjets, den Deutschen weitere Großpro-
jekte und Kooperationsvorhaben
schmackhaft zu machen. Kommis-
sionsmitglied Otto Wolff von Ameron-
gen: „Die haben uns mit Zahlen, Daten
und Plänen so vollgepumpt, daß wir
erst eine gewisse Zeit brauchen, um In-
formationsgleichheit zu erreichen.“

Noch in diesem Jahr wollen die So-
wjets für drei bis vier Milliarden Mark
Chemieanlagen in der Bundesrepublik
kaufen, unter anderem bei dem Frank-
furter Chemie-Multi Hoechst. Der
Moskauer Vertreter des deutschen
Konzerns, Kurt Preckel, ist seiner Sa-
che sicher: „Schon im nächsten halben

Jahr werden wir Verträge unterzeich-
nen. Jetzt ist noch alles sehr geheim.“

Vertraulichkeit vereinbarten die Un-
terhändler auch für ein ehrgeiziges Pro-
jekt des sowjetischen Chemieministers
Kostandow: Er möchte mit Hilfe der
Deutschen einen petrochemischen
Mammutbetrieb bauen, der jährlich
zwölf Millionen Tonnen Rohöl verar-
beiten und insgesamt sieben Milliarden
Mark kosten soll. „Das Projekt“, lock-
te der Sowjet-Minister seine Gäste, „ist
noch nicht vergeben.“

Kostandows Kollege Dojenin, zu-
ständig für Haushaltsgeräte sowie den
Maschinenbau in der Leicht- und Nah-
rungsmittelindustrie, überraschte die
Deutschen mit anspruchsvollen Vorle-
sungen über technische Details. Er
möchte gemeinsam mit westlichen Fir-
men Textilmaschinen bauen und hoch-
komplizierte Spinnmaschinen kaufen.

Staatssekretär Detlev Karsten
Rohwedder: „Ich habe oft
nur Bahnhof verstanden.“

Ebenso undurchschaubar
blieb den Emissären, wie die
hochverschuldete Sowjet-
Union, die sich allein 1975
auf dem Eurodollarmarkt
Kredite in Milliardenhöhe
zusammenpumpte, ihre Groß-
projekte finanzieren will.

„Die Zusammenarbeit
könnte schneller und effekti-
ver vorangetrieben werden,
wenn die Sowjets nicht nur
immer Gigantisches verfolgten“,
meinte Hans Georg
Stäcker vom Verein Deut-
scher Maschinenbau-Anstal-
ten, der Ende März im Mos-
kauer Sokolniki-Park eine
Werkzeugmaschinen-Aus-
stellung arrangierte. Und
Rohwedder assistierte: „Die
brauchten nur mehr Gold zu
verkaufen, und die Finanzie-
rungsschwierigkeiten wären
behebbar.“

Genau das freilich wollen die So-
wjets derzeit am wenigsten — obgleich
ihre Schulden allein aus dem deutsch-
russischen Handel inzwischen auf etwa
zehn Milliarden Mark aufliefen. Un-
verdrossen dienten sie neue Offerten
an: Erstmals wollen sie deutsche Spe-
zialisten, um sich von Organisations-
und Rationalisierungsexperten ihre Be-
triebe „rekonstruieren“ zu lassen.

So wird die Meßgerätefirma Hom-
mel-Werke aus Schweningen auf
Wunsch der Sowjets den Moskauer
Meßgerätebetrieb „Kalibr“ umorgani-
sieren und modernisieren helfen. Die
Schwaben sollen den Sowjet-Managern
die optimalen Transportwege innerhalb
des Betriebes weisen und Tips für ge-
naue Terminüberwachung geben. Und
sogar die Lohnabrechnungen für die
2000 Kalibr-Werk tätigen sollen künf-
tig von den Ausbeutern aus dem We-
sten geschrieben werden. ♦

